

einer Hochbahn seit dem Jahr 2003 stellte der Minister für Transport und öffentliche Bauten, Lau Si Io, am 13. Juli 2007 einen revidierten Plan vor. Letzten Oktober war der Plan wegen negativer Auswirkungen auf Stätten des Weltkulturerbes unter Beschuss geraten. Die Kosten werden auf insgesamt 4,2 Mrd. MOP geschätzt. Sie werden gänzlich von der Regierung übernommen. 3.000 neue Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden. Nach einer 45-tägigen Beratungsperiode wird im Jahr 2008 eine internationale Ausschreibung für das Projekt erfolgen.

Die erste Phase soll im Jahr 2011 in Betrieb gehen. Sie wird die Strecke vom Grenzübergang Portas do Cerco entlang des östlichen und südlichen Randbezirks der Halbinsel Macau via Sai-Van-Brücke zur Insel Taipa umfassen. Zweigstrecken werden nach Cotai zu den Casinos, zum Flughafen und zum neuen Fährterminal in Pac On führen. Die zweisepurige Linie wird 23 Haltestellen haben und 16.000 Fahrgäste in der Stunde transportieren können. Kritiker des revidierten Plan bemängeln, dass die vorgeschlagenen Routen die Transportbedürfnisse der Bewohner zugunsten der Casinos und Touristen ignorieren. Der Plan berücksichtige die sozialen und demografischen Veränderungen nicht. Bezirke wie Ilha Verde im Nordwesten, wo in den nächsten vier Jahren mit einem sprunghaften Anwachsen der Bevölkerung zu rechnen sei, weil dort eine Reihe öffentlicher Wohnsiedlungen entstehen, blieben unberücksichtigt.

Nach Baubeginn der ersten Phase Mitte 2008 werde der Konsultationsprozess für die zweite Phase beginnen, so Minis-

ter Lao. Die Erweiterung der Linie in den Nordwesten Macaus werde in dieser Phase erfolgen. Würden beide Phasen zugleich gestartet, würde ihr Bau sechs Jahre dauern und den Verkehr zu sehr beeinträchtigen. Den Vorwurf, die Bahn diene nur den Touristen, wies der Minister von sich. Das System könne die Pendlerbedürfnisse von 200.000 Menschen, 40% der Bevölkerung, abdecken. Macaus Verkehrssituation ist äußerst angespannt, hat es doch mit die höchste Fahrzeugkonzentration auf der Welt. Im Jahr 2006 waren über 77.000 Automobile und über 85.000 Motorräder registriert. Auf 1.000 Einwohner kommen 151 Autos. (SCMP, 14.7.07; gcs.gov.mo, 18.7.07; blogmacau.info, 14., 18.7.07)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

Costa Rica beendet diplomatische Beziehungen

Taiwan kam Anfang Juni erneut ein Verbündeter abhandeln, als Costa Rica diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnahm. Deutlich mehr als die letzten Abgänge (2005: Grenada und Senegal, 2006: Tschad) gab dieser Verlust in Taibei Anlass zu größter Sorge, könnte das Wegbrechen Costa Ricas aus der bis dato geschlossen taiwantreuen Landschaft Mittelamerikas doch einen Dominoeffekt auslösen. Unter den 24 Staaten, die nun noch diplomatische Beziehungen mit Taibei unterhalten, sind die mittelamerikanischen die einzige geografisch zusammenhängende Gruppe, und sie sowie Paraguay zählen zu den

größten. Einen besonders bitteren Beigeschmack erhielt Costa Ricas Seitenwechsel dadurch, dass er von Präsident Óscar Arias Sánchez vollzogen wurde: Arias ist Träger des Friedensnobelpreises und steht international in hohem Ansehen. Zudem bestanden die Beziehungen bereits seit 63 Jahren, übertroffen an Dauer nur von den (ebenfalls äußerst gefährdeten) Beziehungen mit dem Vatikan. Außenminister James Huang bot Präsident Chen seinen Rücktritt an, den der Präsident jedoch ablehnte. Taiwan kündigte bei Abbruch der Beziehungen an, alle Projekte der Zusammenarbeit mit Costa Rica einzustellen.

Der Rückschlag für Taiwans Bemühungen um internationale Anerkennung hatte sich Mitte Mai angedeutet, als Costa Rica auf der Weltgesundheitsversammlung WHA gegen Taiwans Aufnahmeantrag stimmte – angeblich aus Versehen (vgl. C.a., 3/2007:145-147). Da gleichzeitig zwei andere Verbündete, Costa Ricas Nachbarn Nicaragua und Panama, der Abstimmung ferngeblieben waren, bestärkte dies bereits die seit längerem bestehenden Sorgen über die Zuverlässigkeit der lateinamerikanischen Freunde.

Präsident Arias führte als Grund für die Anerkennung der VR China deren Bedeutung sowie den Wunsch an, die Wirtschaft seines Landes stärker zu beleben. Dies passt ins Bild einer schon seit Jahren verfolgten ambitionierten Wirtschaftspolitik, die Costa Rica eine strukturelle Modernisierung mit der Ansiedlung von Hightechfirmen sowie hohe jährliche Wachstumsraten bescherte.

Zudem soll Arias gegenüber einem örtlichen Radiosender geklagt haben, Taiwan

habe das Land lediglich mit 20 Mio. USD pro Jahr unterstützt, obwohl es ohne große Mühe auch das Zehnfache hätte geben können. Später bestätigte er seine Kritik, Taiwan sei geizig gewesen, und er habe Taipe wiederholt zu mehr Großzügigkeit aufgefordert. Tatsächlich steckt Taiwan mit 0,15% seines Bruttoinlandsprodukts relativ viel in die Wirtschaftshilfe; im Jahr 2006 waren es 531 Mio. USD, verteilt auf alle Empfängerstaaten.

Arias' Klage über angeblichen taiwanischen Geiz bestätigt immerhin, dass sich Taiwan nicht mehr, wie noch in den 1990er Jahren, auf ein finanzielles Wettbieten mit der VR China um die Gunst einer diplomatischen Anerkennung einlässt oder diesem Wettbieten zumindest Grenzen setzt. Dass Taiwan keine „Scheckbuchdiplomatie“ betreibt, wie das Außenministerium in Taipe seit Jahren betont, trifft offenbar zu, zumal sich Zuwendungen solchen Umfangs, wie es Costa Rica wünschte, nicht in irgendwelchen anderen Haushaltstiteln verstecken lassen würden.

Vor allem gegenüber den lateinamerikanischen Staaten versucht Taiwan schon seit längerem, durch den Abschluss von Freihandelsabkommen die bilateralen Beziehungen zu stärken und so auch weiteren diplomatischen Rückschlägen vorzubeugen. Derzeit bestehen solche Verträge mit Panama, Guatemala und Nicaragua, zudem wurden die Verhandlungen mit El Salvador und Honduras abgeschlossen. Ein Verlust weiterer Verbündeter lässt sich dadurch freilich nicht ausschließen, und auch intensivste diplomatische Bemühungen von taiwanischer Seite können die wachsende Wirtschaftsmacht, politische Bedeutung und fi-

nanzielle Leistungsfähigkeit der VR China niemals kompensieren. Dass China Costa Ricas Seitenwechsel mit 430 Mio. USD an Wirtschaftshilfe kaufte, wie Taiwans inoffizieller Botschafter in Washington, Joseph Wu, erklärte, sorgte in Taiwan, wenn die Zahl denn stimmt, für verständliche Empörung, zeigt aber gleichzeitig, in welcher schlechter Lage sich Taiwan gegenüber der VR China bereits befindet, wenn es um Wahrung seiner internationalen Präsenz geht.

In dieser Situation spielen persönliche Begegnungen und die Pflege von Loyalitäten eine besonders wichtige Rolle. Entsprechend verstärkte Taiwan einmal mehr seine Bemühungen um die lateinamerikanischen Verbündeten. So brach Vizepräsidenten Annette Lü (Lü Xiulian) Anfang Juli zu einer 13-tägigen Reise in die Dominikanische Republik, nach Guatemala und Paraguay auf, während sich Außenminister Huang auf Afrikareise begab. Gleichzeitig wurde in Taipeh öffentlich über einen Schuldenerlass für die ärmsten Alliierten nachgedacht. Nachdem Nicaragua darum gebeten hatte, hat Taipeh tatsächlich kaum noch eine andere Wahl, als diesem Wunsch zu entsprechen und gleichzeitig anderen Verbündeten ähnliche Angebote zu machen. (TT, 16., 21.5., 9., 25., 27.6., 1., 3., 6.7.07; CNAT, nach BBC PF, 6.6.07; WSJ, 7.6., 4., 7.7.07; ST, 8.6., 11.7.07; SCMP, 16.6.07)

Taiwan scheitert mit neuem UNO-Aufnahmeantrag

Im Juli stellte Taiwan erneut einen Antrag auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen, dieses Mal jedoch, anders als früher, nicht unter seinem offiziellen Staatsnamen

„Republik China“, sondern als „Taiwan“. Präsident Chen Shui-bian hatte dies bereits seit Jahren angestrebt, taiwan-nationalistische Organisationen hatten ihn darin unterstützt und waren dafür auch auf die Straße gegangen (vgl. C.a., 9/2003:Ü32). Jetzt, in seinem letzten Amtsjahr, ignorierte Chen offenbar bestehende Bedenken und unternahm – wie zuvor bereits beim Antrag auf Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation (vgl. C.a., 3/2007:145-147) – den Versuch, eine Republik Taiwan, die es offiziell nicht gibt, als Idee in die Staatengemeinschaft einzuführen. Aussichten, mit dem Antrag durchzudringen, bestanden von vornherein nicht, da Taiwan allgemein als Teil Chinas gilt und Beijings Ein-China-Doktrin von der großen Mehrheit der Staaten akzeptiert wird. Entsprechend wies UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon den Antrag zurück, ohne ihn der UNO-Generalversammlung vorgelegt zu haben. Er begründete dies damit, dass die UNO-Resolution 2758 vom 25.10.1971 die chinesische Regierung als einzige und legitime Regierung ansehe und dass Taiwan nach Auffassung der Vereinten Nationen Teil Chinas sei. Ein Sprecher des Außenministeriums in Taipeh entgegnete, Ban rede wie der Ständige Vertreter Chinas bei der UNO und habe seine Kompetenz überschritten mit der Weigerung, den Antrag der Generalversammlung vorzulegen.

Tatsächlich ist die Situation nicht so eindeutig, wie die UNO sie darstellt. Die Resolution 2758 erwähnt Taiwan oder die „Republik China“ nämlich gar nicht, sondern stellt lediglich fest, dass China nicht von den „Vertretern Chiang Kai-sheks“, sondern von der Regierung in Beijing reprä-

sentiert werde. Wer Taiwan repräsentiert, geht aus der Resolution nicht hervor. Für die taiwanische Position spricht auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Anwendbarkeit auf Taiwan nicht a priori auszuschließen ist.

Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob Präsident Chen gut beraten war, einen aussichtslosen Mitgliedschaftsantrag zu stellen und allein aus propagandistischen Gründen einen Weg zu verfolgen, dessen Scheitern von Anfang an feststeht. Die Weisheit von Chens Entscheidung muss umso mehr bezweifelt werden, als er sich damit einmal mehr über die Auffassung der Vereinigten Staaten, Taiwans heimlicher Schutzmacht, hinwegsetzt. Verständlich ist die Aktion nur als Teil des Wahlkampfes, der Taiwans Politik derzeit prägt – für Januar bzw. März 2008 stehen die Neuwahl des Parlaments und eines Präsidenten an.

Viel mehr als für diesen Antrag gelten die Zweifel an Präsident Chens taiwan-nationalistischen Aktionen für das zum UNO-Beitritt geplante Referendum – s. hierzu die folgende Dokumentation. (WSJ, 20., 24.7.07; ST, 21.7.07; TT, 28., 30.7.07)

Referendumspläne belasten Verhältnis zu den USA

In Taiwan wird es zeitgleich mit einer der nächsten Wahlen im Januar oder im März 2008 vermutlich zu einer Volksabstimmung über die Frage kommen, ob Taiwan unter dem dem Namen „Taiwan“ oder eventuell (wie die Opposition vorschlägt) unter einem anderen Namen einen Antrag auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen stellen soll. Entgegen wiederholten

Warnungen aus den USA haben Präsident Chen Shui-bian und seine Partei, die DPP, ein entsprechendes Verfahren eingeleitet und in der ersten Phase gemäß den gesetzlichen Vorschriften bereits 90.000 Unterschriften vorgelegt, die derzeit von der Zentralen Wahlkommission überprüft werden. In der zweiten Phase muss der Antrag innerhalb eines halben Jahres von 5% der Wahlberechtigten per Unterschrift unterstützt werden, ehe die Abstimmung stattfinden kann.

Anders als bei einer Volksabstimmung erwartet wird, geht es nicht um die Entscheidung in einer kontroversen Frage. Einer Meinungsumfrage zufolge, die Mitte Juni unter 1.070 erwachsenen Taiwanern durchgeführt wurde, unterstützen 71% der Bevölkerung die Idee, dass Taiwan als „Taiwan“ UNO-Mitglied werden solle, und 88% finden, Taiwans Mitgliedschaft in internationalen Organisationen müsse unabhängig davon möglich sein, ob es China passe. Demnach geht es bei der Volksbefragung für deren Initiatoren lediglich um die Außenwirkung: Das Volk von Taiwan soll von der Außenwelt als Völkerrechtssubjekt wahrgenommen werden.

Angesichts der breiten Zustimmung sah sich sogar die Opposition genötigt, den Referendumsplan nicht rundheraus abzulehnen. So erklärte ihr Präsidentschaftskandidat Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), das „blaue“ Oppositionslager und das „grüne“ Regierungslager verfolgten dasselbe Ziel: Taiwan wieder zum UNO-Mitglied zu machen. Allerdings könne dies nicht unter dem Namen „Taiwan“ geschehen, vielmehr müsse ein anderer gefunden werden, der „die Chancen des Landes erhöht und gleich-

zeitig seine Würde schützt“. Ma verwies dazu auf die verschiedenen Umschreibungen, die für Taiwan als Mitglied der Welthandelsorganisation oder des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) gefunden wurden. Möglicherweise wird die KMT als größte Oppositionspartei daher ein eigenes Referendum anstreben.

Zweifel am Sinn einer solchen Abstimmung bestehen auch in der Regierung selbst. Bei einer Expertenanhörung stieß das Vorhaben auf einhellige Kritik, woraufhin das zuständige Komitee die Fortführung des Verfahrens ablehnte. Der DPP-Fraktion gelang es jedoch, in der Revisionsinstanz eine Rücknahme der Entscheidung durchzusetzen. Ob dies das letzte Wort in der Sache ist, lässt sich derzeit nicht überblicken; jedenfalls sind die Oppositionsparteien der Überzeugung, dass die Revisionsinstanz gar keine Kompetenz besaß, die vom Referendumskomitee ausgesprochene Ablehnung wieder aufzuheben. Sowohl die KMT als auch die PFP haben deswegen Klage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht eingereicht.

Zum Kreis der Skeptiker, was den Sinn eines Referendums über einen UNO-Beitritt angeht, zählt überraschenderweise auch Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian), die für ihren prononciert taiwan-nationalistischen Standpunkt bekannt ist. Sie verwies darauf, dass ein Referendum zum selben Thema laut Verfassung erst nach Ablauf von drei Jahren wiederholt werden dürfe. Würde das erste aber scheitern – erzielte die DPP also keine Mehrheit oder wäre das Ergebnis ungültig mangels ausreichender Beteiligung – könnte dies Taiwans Souveränität gefährden.

In der Tat wäre es leichtsinnig, vorauszusetzen, dass ein Referendum in der Beitrittsfrage zum selben Ergebnis führen würde wie eine Meinungsumfrage, denn Taiwans Bevölkerung hat in Wahlen und bei Abstimmungen immer wieder gezeigt, dass sie zu außenpolitischer Vorsicht tendiert, den Status quo nicht gefährden möchte und sich nicht vor einen parteipolitischen Karren spannen lässt. Das angestrebte Referendum birgt nun tatsächlich ein ziemlich hohes Gefährdungspotenzial. Die VR China hat im Falle einer Volksabstimmung über Taiwans Souveränität in der Vergangenheit mit militärischer Intervention gedroht, und zwar nicht nur für den Fall eines „falschen“ Ergebnisses. Diese Drohung wurde in den letzten Jahren zwar nicht mehr wiederholt, aber der grundsätzliche Standpunkt dürfte in Beijing unverändert sein. Dass formal gesehen nicht über die Souveränität abgestimmt wird, hilft wenig, denn letztlich läuft die Frage einer UNO-Mitgliedschaft auf die Souveränitätsfrage hinaus.

Prekärer noch ist, dass der Präsident und seine Parteigänger die USA mit ihrem Vorhaben brüskieren. Washington kann eine Verschärfung der Spannungen an der Taiwan-Straße überhaupt nicht gebrauchen. Da das Referendum unweigerlich solche Spannungen und mögliches „Säbelrasseln“ auf der Festlandsseite provozieren würde, setzt sich Taipei mit dem Vorhaben dem Vorwurf aus, die Gutwilligkeit der Vereinigten Staaten als Schutzmacht leichtfertig – und obendrein für ein ohnehin aussichtsloses Unterfangen – aufs Spiel zu setzen. Die Warnungen, die aus Washington seit Juni zu hören sind, waren denn auch recht

nachdrücklich.

Taiwans Wähler, die schon dem nicht minder törichtem „defensiven Referendum“ Präsident Chens im März 2004 eine Abfuhr bescherten (vgl. C.a., 3/2004:275f.), sehen die Gefahren und könnten trotz innerer Zustimmung in der Sache auch dieses Referendum scheitern lassen. Für alle, die Taiwans Souveränität gewahrt wissen wollen, wäre dies ein Super-Gau. Der Präsident und seine Partei scheinen diese Gefahr aber bislang zu ignorieren. Sie verkennen, dass selbst der schönste propagandistische Effekt eines rundum erfolgreichen Referendums Taiwan nichts nützen wird und sich dies im Gegenteil als der Sache der Inselrepublik abträglich erweisen kann. (TT, 23., 29.6., 9., 14., 19., 26.7.07; ST, 21., 30.6., 26.7.07; WSJ, 24.7.07)

Parlament verabschiedet überfällige Budgets

Im Juni und Juli d.J. gelang es Taiwans Parlament, dem Legislativ-Yuan, eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die teilweise seit Jahren im Gesetzgebungsprozess feststeckten, da sich Regierungs- und Oppositionsfraktionen wechselseitig blockierten. Zu dem Paket zählen auch Budgets von erheblicher nationaler Bedeutung.

So konnte mit rund siebenmonatiger Verspätung endlich der Haushalt des laufenden Jahres freigegeben werden. Dabei wurden auch Mittel zum Kauf US-amerikanischer Rüstungsgüter bewilligt, gegen deren Anschaffung sich die Opposition drei Jahre lang gewehrt hatte. Das ursprünglich geplante und von Experten für nötig erachtete Rüstungspaket war um ein Mehrfaches größer als die jetzt verab-

schiedeten Posten, die Taiwan die Anschaffung von zwölf Flugzeugen zur U-Boot-Bekämpfung und eine Modernisierung der Raketenabwehr ermöglichen. Die Anschaffung moderner U-Boote und weiterer dringend benötigter Rüstungsgüter liegt nach wie vor auf Eis.

Es war vor allem die Opposition, die in den strittigen Fällen nun einlenken musste: Der Wahlkampf ließ eine Fortführung der Blockadepolitik nicht mehr als opportun erscheinen. Im Kampf um die politische Mitte, den die KMT führen muss, wenn sie gewinnen will, muss sie sich nun als staatstragend erweisen. Was den Rüstungsetat angeht, lief die Opposition Gefahr, den von der Regierungspartei erhobenen Vorwurf zu bestätigen, sie wolle Taiwan an China ausliefern. Ma Ying-jeou, der noch als KMT-Vorsitzender vergebens versucht hatte, seine widerspenstige Parlamentsfraktion dazu zu bewegen, dem Beschaffungsprogramm zuzustimmen, fand offenbar erst jetzt als Präsidentschaftskandidat seiner Partei genügend zugkräftige Argumente gegenüber den KMT-Abgeordneten, um seine Linie durchzusetzen.

Tatsächlich besteht für Taiwan die Gefahr, militärisch erpressbar zu werden. Die Gegenseite nämlich, die VR China, verfolgt seit Jahren ein ehrgeiziges Aufrüstungs- und Modernisierungsprogramm, das Taiwans Sicherheit schon jetzt massiv bedroht, während Taiwans Landesverteidigung mangels genügender finanzieller Anstrengungen immer deutlicher ins Hintertreffen gerät. Ein Analyst des *Wall Street Journals* bezeichnete die jetzt erfolgte Freigabe eines Teils der Rüstungsmittel denn auch nur als „baby step“ in die richti-

ge Richtung (WSJ, 22.6.07) – und das mit sechs Jahren Verzögerung. Die Ausfuhr der nun anzuschaffenden Waffen nach Taiwan hatte US-Präsident Bush nämlich bereits im Jahr 2001 gebilligt.

Im Falle des überfälligen Jahresetats ist dessen verspätete Verabschiedung ebenfalls einer Intervention seitens des KMT-Präsidentchaftskandidaten Ma zu verdanken. Zuvor hatte die Opposition den Haushalt zurückgehalten, um eine ihr genehme Reform der Zentralen Wahlkommission durchzusetzen – oder faktisch: zu erpressen (vgl. C.a., 3/2007:151-152). Hier löste sich die Blockade, nachdem Ma offenbar ein Machtwort gesprochen und die KMT-Fraktion dazu bewegt hatte, die Verabschiedung des Haushalts vorzuziehen und hinsichtlich der gewünschten Kommissionsreform weiteren Druck dadurch auszuüben, dass ein Viertel des Sachausgabenpostens im Etat der Wahlkommission zunächst eingefroren bleibt.

Während in Sachen Wahlkommission noch vor den nächsten Wahlen eine Einigung erzielt werden muss und dank bereits vorliegender Kompromissvorschläge auch erwartet werden darf, sieht es für die weitere Rüstungsbeschaffung einstweilen finster aus. Erst nach der Präsidentschaftswahl im kommenden März wird wieder Bewegung in die Sache kommen, sofern die Wahlen der neuen Regierung endlich auch eine Mehrheit im Parlament beschere. Sollte dann die jetzige Opposition die Regierung stellen, was nicht unwahrscheinlich ist, wird sie vermutlich genau die Mittel freigeben, die sie der Landesverteidigung seit dem Jahr 2004 als angeblich überhöht und politisch gefährlich verwei-

gert. (ST, 18.6.07; TT, 16.6., 10.7.07; WSJ, 15., 18., 22.6.07; *Taiwan Journal*, 24.Jg. Nr.24, S.1)

Gericht erklärt Wahlergebnis in Kaohsiung für ungültig

Das Bezirksgericht der südtaiwanischen Hafenmetropole Kaohsiung (Gaoxiung) hat am 15. Juni 2007 das Ergebnis der Bürgermeister- und Stadtverordnetenwahl vom Dezember letzten Jahres für ungültig erklärt und eine Wiederholung der Wahl angeordnet. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass Anhänger der Wahlgewinnerin Chen Chu (Chen Ju, DPP) Videomaterial verbreitet hatten, das angebliche Anhänger des KMT-Bürgermeisterkandidaten Huang Chun-ying (Huang Junying) bei der Wählerbestechung zeigte. Dieser Vorwurf des Stimmenkaufs sei aber erst am Vortag der Wahl und am Wahltag selbst vorgebracht worden, und damit zu einer Zeit, in der laut Gesetz Wahlkampf nicht mehr erlaubt war; Huang als Beschuldigter hätte also zu seiner Verteidigung gegen das Gesetz verstoßen müssen. Damit seien die Grundsätze für eine faire Wahl verletzt worden, wie die Urteilsbegründung ausführte.

Der Wahlausgang war sehr knapp gewesen: Chen Chu hatte nur 1.114 Stimmen oder 0,14 Prozentpunkte mehr erhalten als ihr Konkurrent (vgl. C.a., 1/2007:81-82). Eine im März durchgeführte Nachzählung der Stimmzettel hatte 57 Stimmen mehr für Chen Chu ergeben, sodass ihr Vorsprung auf 1.171 wuchs.

Chen Chu übte sich nach dem Urteil in Justizschelte und ging in die Revision. Demnach wird es zunächst zu keiner Wiederholung der Wahl kommen. Bis ein end-

gültiges Urteil vorliegt, können bis zu sechs Monate vergehen. So lange bleibt Chen Chu laut Gesetz rechtmäßig im Amt. Sollte sie allerdings auch in der zweiten Instanz unterliegen, darf sie nicht erneut antreten. Da Chen Chu wahrscheinlich von der DPP als Kandidatin für die Vizepräsidentenschaft ins Rennen geschickt wird, müsste sie ihr Amt in Kaohsiung im Fall eines Wahlsiegs im nächsten März ohnehin aufgeben. Unterliegt sie im Verfahren endgültig, könnte dies die Wahlchancen der DPP im nächsten Jahr schmälern. Die Vorgänge in Kaohsiung sind daher auch von gesamtstaatlicher Relevanz.

Es war das erste Mal in der Geschichte Taiwans, dass ein Gericht ein Wahlergebnis annullierte. Unabhängig von der Frage, ob das Gericht mit diesem Urteil richtig lag oder vielleicht – wie ein Richter in einem abweichenden Votum meinte – seine Kompetenzen überstieg, bestätigt das Urteil einmal mehr, dass Taiwans Justiz unabhängig ist und im Bewusstsein ihrer Unabhängigkeit agiert. Sie ist derzeit neben dem Militär die einzige nennenswerte Macht im Staate, die nicht durch die politische Kluft zwischen taiwan-nationalistischem „grünem“ und chinaorientiertem „blauem“ Lager gespalten ist. Die Justizschelte, die je nach Urteil in den letzten Jahren mal von der einen, mal von der anderen Seite geübt wurde, illustriert diesen Befund trefflich. (*Taiwan Journal*, 24.Jg. Nr.24, S.2; TT, 16., 17., 18.6.07)

Oberste Richter stärken Stellung des Präsidenten

Bei dem Gerichtsverfahren wegen Veruntreuung, das gegen Wu Shu-chen (Wu Shuz-

hen), die Frau von Präsident Chen Shui-bian anhängig ist, konnte der Präsident im Juni insofern einen Erfolg für sich verbuchen, als die obersten Richter des Landes ihm die alleinige Entscheidung darüber zuerkannten, was ein Staatsgeheimnis ist und was nicht. Die Immunität des Präsidenten schließe daher ein, dass er eine Befragung durch die Staatsanwaltschaft ablehnte und die Herausgabe von Indizien verweigerte. Alle 13 obersten Richter stimmten dieser Verfassungsinterpretation zu. Sie gelte jedenfalls in der jetzigen Situation, in der kein Gesetz regelt, was zum Staatsgeheimnis erklärt werden kann. Derzeit kann der Präsident auch bereits herausgegebene Beweisstücke der gerichtlichen Verwertung wieder entziehen, ohne dass dagegen Maßnahmen möglich sind.

Eine Verurteilung von Wu Shu-chen wird damit relativ unwahrscheinlich, hatte Chen Shui-bian doch immer argumentiert, er könne die tatsächliche Verwendung der Sondermittel, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft veruntreut wurden, nicht offenlegen, ohne Staatsgeheimnisse zu verletzen.

Andererseits wäre Chen Shui-bian gut beraten, von seinen höchstrichterlich bestätigten Privilegien keinen exzessiven Gebrauch zu machen, kann doch nur eine gerichtliche Klärung der Vorgänge ihn und seine Frau von den Korruptionsvorwürfen entlasten. Anderenfalls liefert er der Opposition willkommene Munition in den anlaufenden Wahlkämpfen. Sie würde argumentieren, der Präsident missbrauche seine Privilegien, um eigene Verfehlungen zu vertuschen. (TT, 16.6.07; vgl. C.a., 1/2007:148-149)

20 Jahre ohne Kriegsrecht: Amnestie für 10.000 Gefangene

Mitte Juli gedachte Taiwan der Aufhebung des Kriegsrechts vor 20 Jahren. Vom damaligen Präsidenten Chiang Ching-kuo (Jiang Jingguo) ein halbes Jahr vor seinem Tod angeordnet, ebnete die Entscheidung Taiwans Weg aus der Diktatur in die Demokratie. Präsident Chen hatte aus diesem Anlass im April eine Amnestie vorgeschlagen. Über die Kluft hinweg, die Taiwans politische Landschaft spaltet, konnte darüber Mitte Juni im Parlament eine Einigung erzielt werden. Demnach kamen Gefangene, die zu weniger als 18 Monaten Haft verurteilt worden waren, auf freien Fuß, andere erhielten Haftermäßigungen, zur Todesstrafe Verurteilte wurden zu lebenslanger Gefängnisstrafe begnadigt.

Zum Gedenktag selbst erhielten 9.597 Insassen die Freiheit. Mehr als die Hälfte davon war wegen Verstößen gegen die Rauschgiftgesetze verurteilt worden. Weitere rund 15.000 Freilassungen folgten bis Ende Juli.

In der Öffentlichkeit löste der Gnaden erweis nicht eben Begeisterung aus. Eine Mehrheit fürchtet, die vorzeitig Entlassenen könnten rasch wieder rückfällig werden und die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen. Seltsamerweise glaubte bei einer Meinungsumfrage jedoch über die Hälfte der Befragten, die Amnestie sei eine Wahlkampfmasche der Regierungspartei DPP. Träfe dies die Intentionen der DPP, was nicht auszuschließen ist, hätte sie sich angesichts der öffentlichen Reaktionen damit jedoch selbst ein Bein gestellt.

Die DPP hatte im Übrigen die Freilas-

sungen zunächst auf solche Gefangene beschränken wollen, die zu maximal einem Jahr Haft verurteilt worden waren. Die KMT allerdings setzte sich im Parlament mit der genannten, weitergehenden Regelung durch. Von der DPP erntete sie dafür den Vorwurf der Günstlingswirtschaft, hat doch der KMT-Abgeordnete Chiu Yi (Qiu Yi) gerade eine 14-monatige Haftstrafe wegen gewaltsamen Eindringens in ein Gericht abzusetzen (vgl. C.a., 5/2006:144). Tatsächlich kündigte die KMT bereits zwei Tage nach Verabschiedung des Amnestiegesetzes an, ihrem kriminellen Mitglied auf einem Listenplatz den Wiedereinzug ins neu zu wählende Parlament ermöglichen zu wollen.

Amnestien haben in Taiwan eine Tradition, die bis auf das chinesische Kaiserreich zurückgeht. Die letzte größere Amnestie hatte es im Jahr 1991 aus Anlass der 80-Jahr-Feier der „Republik China“ gegeben. (TT, 16., 18., 28.6., 17.7.07; WSJ, 15.7.07; SCMP, 17.7.07)

KMT kürt Vizepräsidentenskandidaten

Seit Juni steht fest, wer für die große Oppositionspartei KMT neben Ma Ying-jeou als deren Präsidentschaftskandidaten ins Rennen um die Vizepräsidentschaft gehen wird: Es ist der ehemalige Premierminister Vincent Siew (Xiao Wanchang).

Siew, Jahrgang 1939 und gebürtig aus Chiayi in Mitteltaiwan, zählt aufgrund der zahlreichen Posten, die er im Laufe seiner politischen Karriere bekleidete, zur großen Parteiprominenz. Er ist studierter Wirtschaftswissenschaftler und verfügt über internationale Erfahrungen. Taiwans Regie-

zung stand er in den Jahren von 1997 bis 2000 als Premier vor. Bereits damals, im Jahr 2000, kandidierte er im Gefolge des damaligen KMT-Vorsitzenden Lien Chan (Lian Zhan) um die Vizepräsidentschaft, landete mit Lien aber abgeschlagen auf dem dritten Platz.

Ma Ying-jeou, der lange vergebens gehofft hatte, seinen innerparteilichen Rivalen, den Parlamentspräsidenten Wang Jinying (Wang Jinping) als Mitkandidaten gewinnen zu können, präsentierte Siew der Öffentlichkeit vor allem als Wirtschaftsfachmann. Er solle als Architekt eines neuen Plans zur Belebung der Volkswirtschaft fungieren, erklärte Ma auf der Pressekonferenz, auf der er seine Entscheidung für Siew bekannt gab. Für Siew sprach zweifellos auch, dass er aus Taiwan stammt, denn will die KMT Wahlen gewinnen, muss sie den Eindruck vermeiden, eine wiedervereinigungsorientierte Interessenvertretung von Festlandschinesen zu sein.

Dass Ma sich für den elf Jahre älteren Siew als seinen Stellvertreter fürs höchste Staatsamt entschied, wurde jedoch vielfach kritisch kommentiert. Wie auch die Regierungspartei DPP offenbarte die KMT damit das Problem, keinen prominenten Parteinachwuchs zu haben. Schon bei der Neuwahl ihres Vorsitzenden im April musste mit Wu Poh-hsiung auf einen Politiker zurückgegriffen werden, der – ebenfalls Jahrgang 1939 – seine politische Karriere im Grunde schon hinter sich hat. Ma entgegnete auf entsprechende Kritik, er brauche keinen, der zwar jung und cool wirke, aber ohne Erfahrung sei. Ehe Siew allerdings Gelegenheit erhält, seine Talente zu entfalten und seine Erfahrungen einzubrin-

gen, muss er erst einmal gewählt werden. Zwar wird bei den Präsidentschaftswahlen über die Vizepräsidenten nicht separat abgestimmt, doch dass Vincent Siew dem trotz eines laufenden Gerichtsverfahrens wegen Veruntreuung nach wie vor populären Ma weitere Stimmen zuführen kann, ist nicht sehr wahrscheinlich.

Ma und Siew wurden am 25. Juni von der KMT als offizielle Kandidaten nominiert. Wer bei der Regierungspartei DPP gegen Siew antreten soll, will deren Präsidentschaftskandidat Frank Hsieh erst Mitte August bekannt geben. (ST, 1.6.07; TT, 24., 25.5.07)

Streit um Einbürgerung von Festlandsfrauen

Die Opposition, die im Parlament den Ton angibt, hat eine Gesetzgebung initiiert, die mit Taiwanern verheiratete Frauen vom Festland mit anderen Ausländerinnen gleichstellen soll. Während diese nach vier Jahren Ehe und Aufenthalt im Lande eingebürgert werden können, gilt für jene die doppelte Frist: Nach zwei Jahren können sie eine verlängerte Aufenthaltsgenehmigung mit Angehörigenstatus bekommen, nach weiteren vier Jahren, in denen sie jeweils mindestens 183 Tage im Land gewesen sein müssen, können sie eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung beantragen, nach weiteren zwei Jahren die taiwanische Staatsbürgerschaft, sofern sie nicht vorbestraft sind.

Aus der Regierungspartei DPP fordern Stimmen, die derzeitige Regelung beizubehalten: Aus Gründen der nationalen Sicherheit, des angespannten Verhältnisses mit China und der Bevölkerungsdichte, wie es

hieß, wobei unerklärt blieb, auf welche Weise die spätere oder frühere Einbürgerung einer in Taiwan lebenden Person die Bevölkerungsdichte beeinflussen könnte. Ferner wurde angeführt, dass Frauen auf die Insel kommen und unter dem Schutz einer Scheinehe als Prostituierte arbeiten. Dieses Argument betreffe allerdings Frauen aus Südostasien gleichermaßen und sollte dann eher für eine Verlängerung der Einbürgerungsfrist für diese Personengruppe sprechen.

Das Innenministerium hat aber ganz andere Pläne: Es will die Zahl der Festlandschinesinnen, die als Bräute von Taiwanern einen besseren Rechtsstatus erhalten, kontingentieren und gleichzeitig die finanziellen Hürden erhöhen. Derzeit muss für eine Einbürgerung ein Finanzpolster von 380.000 TWD (ca. 9.000 EUR) nachgewiesen werden.

Die Gegner dieser Pläne, die im Juni ihren Protest auch auf die Straße trugen, erkennen darin die Diskriminierung einer bestimmten Personengruppe und insofern auch eine Menschenrechtsverletzung. Ein Bündnis aus zehn Bürgervereinen brachte deswegen beim Innenministerium eine Petition ein, die eine Abschaffung der finanziellen Einbürgerungshürden für alle ausländischen Bräute verlangt.

Die für Ehefrauen festlandschinesischer Herkunft erschwerenden Sonderregelungen fortzuschreiben oder diese sogar noch weiter zu verschärfen, stellt in der Tat eine eigenartige Diskriminierung dar, für die relevante sachliche Gründe nicht zu erkennen sind. Ein demokratischer Staat unter einer Regierung, die sich wie die taiwanische der Förderung der Menschenrechte

verschrieben hat, sollte davon schleunigst Abstand nehmen. Dass dies nicht geschieht, bezeugt ein zuweilen ans hysterische grenzende Verhältnis taiwan-nationalistischer Kreise zum großen chinesischen Nachbarn, von dem sie nun auch eine ethnische Überfremdung befürchten. Die angestrebte Reglementierung würde aber auch den Taiwanern selbst die Möglichkeit nehmen, in ihrer Heimat mit einem Ehepartner ihrer Wahl zusammenzuleben. (TT, 3., 29.6., 26.7.07)

Neues Namensrecht

Im Mai trat in Taiwan ein neues Personen-namensrecht in Kraft. Demnach erhält ein Neugeborenes nicht mehr automatisch den Familiennamen des Vaters. Dazu bedarf es vielmehr der schriftlichen Zustimmung der Mutter. Alternativ können sich die Eltern auch auf den Nachnamen der Mutter einigen.

Die Einigung muss erfolgen, bevor das Neugeborene amtlich registriert werden kann. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet das Amt durch Los – notfalls auch in Abwesenheit der Eltern.

Das neue Recht gilt unabhängig von der Herkunft oder Staatsangehörigkeit von Vater oder Mutter, also auch für jenes Viertel aller Geburten, bei dem ein Elternteil (meist die Mutter) ausländischer (vorwiegend südostasiatischer) Herkunft ist.

Dass es in Zukunft in nennenswerter Zahl Taiwaner mit ausländischem Nachnamen geben wird, ist kaum zu erwarten. Allerdings sorgt die Neuregelung nicht nur für eine bessere Gleichstellung von Mann und Frau, sondern könnte auch zur Rettung selten gewordener oder gar vom Aus-

sterben bedrohter chinesischer Familiennamen beitragen – auf Kosten der zahlreichen Lis, Wangs, Zhangs und Zhaos, die allein schon über ein Viertel aller Chinesen stellen. (TT, 23.6.07)

Ma Ying-jeou konkretisiert chinapolitische Vorstellungen

Der KMT-Präsidentschaftskandidat Ma Ying-jeou möchte im Verhältnis zur VR China eine „gegenseitige Nichtleugnung“ erreichen. Dies ist der Kernpunkt eines neuen chinapolitischen Ansatzes, den er erstmals auf einer Indienreise Mitte Juni vorstellte. Da eine wechselseitige Anerkennung derzeit nicht erzielbar sei, solle man sich auf das Minimum einigen, die Existenz der anderen Seite nicht zu leugnen. Dies führe zurück auf den viel zitierten Konsens im Jahr 1992 (mit dem der sechs Jahre später wieder beendete halboffizielle Dialog zwischen beiden Seiten begann), wonach man sich einig war, dass ein China existiert, die Interpretation dieses „einen China“ aber offen lässt.

Einen leicht realisierbaren Entspannungsschritt im Verhältnis zum Festland sieht Ma darin, den „kleinen Grenzverkehr“ zwischen den der Festlandsküste vorgelagerten, von Taiwan verwalteten Inseln einerseits und dem Festland andererseits für alle Taiwaner zu öffnen. Außerdem sollen Verhandlungen über weitergehende direkte Verkehrsbeziehungen aufgenommen werden. Um Streit darüber zu vermeiden, ob Flüge zwischen Taiwan und dem Festland inländischer oder internationaler Natur seien, möchte Ma sie als „cross strait“ bezeichnet haben. Ehe eines Tages ein Friedensabkommen mit der Gegenseite unter-

schrieben werden könne, müsse man auf dem Festland die gegen Taiwan gerichteten Raketen wieder abbauen.

Auch der DPP-Präsidentschaftskandidat Frank Hsieh (Xie Changting) strebt für den Fall seines Wahlsieges eine pragmatischere Chinapolitik an, hielt sich aber mit konkreten Vorschlägen bislang zurück. Wenn Ma nächstes Jahr zum Präsidenten gewählt wird, hätte er gegenüber Hsieh den großen Vorteil, dass er die bestehenden Kontakte zwischen seiner Partei und der Kommunistischen Partei Chinas für seine Annäherungspolitik nutzen und auf einen gewissen Vertrauensvorschuss setzen könnte. Insofern kann Ma seine chinapolitischen Vorschläge im Wahlkampf glaubwürdiger vertreten als sein Gegenspieler. (TT, 14., 17., 19., 21.6.07)

Regeln zur Entschuldung von Privatpersonen verabschiedet

Nach 14-monatiger Verzögerung verabschiedete das Parlament im Juni ein Verbraucherentschuldungsgesetz. Es gibt Bürgern, die durch exzessiven Gebrauch ihrer Kreditkarten in eine Schuldenfalle geraten sind, eine Chance, sich durch einen vor Gericht vereinbarten Zahlungsplan langfristig wieder zu entschulden (unter Erlass eines Großteils der Schulden) oder, falls dies nicht möglich ist, sich für zahlungsunfähig erklären zu lassen. Voraussetzung für die Teilnahme an dem Verfahren ist, dass der Schuldner vorher versucht hat, sich mit den Gläubigern direkt zu einigen und dass die Schuldensumme 12 Mio. TWD (ca. 270.000 EUR) nicht übersteigt. Weitere Auflagen für die teilnehmenden Schuldner kommen hinzu. Sie müssen sich beispiels-

weise im Konsum einschränken. Wer sich für insolvent erklären lassen will, darf nicht mehr ausreisen und muss weitere rechtliche Nachteile in Kauf nehmen. Es wird geschätzt, dass insgesamt rund eine halbe Million Taiwaner so hoch verschuldet sind, dass sie von dem Gesetz profitieren können.

Das Problem mit den überschuldeten Konsumenten ist noch relativ neu. Es wurde erstmals im Jahr 2005 virulent infolge einer immer weiteren Verbreitung von Kreditkarten und einer zu laxen Kartenausgabepolitik der Banken, die es oft versäumten, die Bonität ihrer Kunden ausreichend zu prüfen. Im vergangenen Jahr verschärfte sich das Problem mit den Privatinsolvenzen derart, dass die Banken 150 Mrd. TWD (ca. 3,4 Mrd. EUR) als nicht einbringbar abschreiben mussten.

Die Kreditwirtschaft ist von dem neuen Gesetz nicht begeistert und hatte versucht, es zu verhindern. Sie befürchtet eine weitere Aufweichung der Zahlungsmoral: Verbraucher könnten im Vertrauen auf späteren teilweisen oder vollständigen Schuldenerlass mit Kreditkarten noch leichtfertiger umgehen. Die Verantwortung für die Kreditvergabe liegt freilich bei den Banken, die nun mit verschärften Kreditbedingungen reagieren wollen. Der Präsident der Bankenvereinigung kündigte bereits an, in Zukunft werde es für die Verbraucher schwerer werden, einen Kleinkredit zu bekommen.

Die Befürchtungen der Kreditinstitute sind insofern verständlich, als sich auf dem kleinen Inlandsmarkt 40 Banken um die Kundschaft reißen. Nirgends in Asien ist das Bankgewerbe so wenig profitabel

wie in Taiwan – im Schnitt war die Eigenkapitalrendite letztes Jahr negativ. Die Bereitschaft, sich auch auf riskante Geschäfte einzulassen, ist entsprechend groß. Die Regierung hatte schon vor sieben Jahren ein Programm aufgelegt, das darauf abzielt, Zusammenschlüsse von Banken zu fördern und ihre Zahl zu reduzieren, doch aufgrund von Widerständen vonseiten der Gewerkschaften und einer kritischen Presse wurden faktisch kaum Fortschritte erzielt mit der Folge, dass die Marktkapitalisierung der Banken sinkt und einige vom Zusammenbruch bedroht sind. (TT, 3., 9., 11.6.07; FT, 11.6., 11.7.07)

Zentralbankpolitik gegen Kapitalabfluss

Anfang Juni erließ die Zentralbank von Taiwan Richtlinien, die den Kapitalabfluss reduzieren soll, unter dem das Land leidet. Im 1. Quartal 2007 beispielsweise übertraf der Nettokapitalabfluss in Höhe von fast 11 Mrd. USD den Zahlungsbilanzüberschuss von 8,8 Mrd. USD deutlich. Seine Auswirkungen zeigen sich am Wechselkurs des Neuen Taiwandollar (TWD), der gegenüber vielen Währungen an Wert verlor, gegenüber dem Euro beispielsweise seit Anfang 2006 um 13,3%. Im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung mit Taiwans Investmenthäusern wurde nun vereinbart, dass im Ausland anlegende Fonds auf ein Volumen von 10 Mrd. TWD (225 Mio. EUR) begrenzt und die Überweisungen über eine vorher vereinbarte Frist gestreckt werden.

Die Finanzwirtschaft sieht diese Eingriffe in den freien Devisenverkehr als schädlich an. Sie widersprechen auch dem all-

gemeinen Liberalisierungstrend. Politisch sind die Maßnahmen ebenfalls zweischneidig. Sie mildern zwar ein bestehendes Problem, machen Taiwan aber nicht attraktiver für ausländische Investoren – im Gegenteil. Zudem besteht die Gefahr, dass taiwanische Investivmittel sich auf dem Weg ins Ausland illegale Kanäle suchen.

Im Zusammenhang mit dem Mittelabfluss steht auch die neueste Leitzinserhöhung, die die Zentralbank am 21. Juni bekannt gab. Sie fiel mit 0,25 Punkten höher aus als erwartet. Der Diskontsatz beträgt nach der zwölften Anhebung in Folge nun immer noch sehr mäßige 3,125%. (FT, 4.6.07; WSJ, 8., 22.6.07)